



Afghanistan am Ende des ISAF Mandats

- Beitrag der GKS zu einer vorläufigen Bilanz

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von Anfang an konstruktiv-kritisch begleitet¹. Nun endet das Mandat, das als „Stabilisierungseinsatz“ und „substanzielle Hilfe beim Wiederaufbau“ begonnen hat² und seit Februar 2010 durch die Bundesregierung als „bewaffneter Konflikt“ bezeichnet wird. Im April 2010 hatte der damalige Verteidigungsminister eingeräumt, es handele sich mittlerweile um einen Einsatz, bei dem man „umgangssprachlich von Krieg reden kann“.³

Das anfangs für erreichbar gehaltene Ziel, das auf den Erfahrungen und Erfolgen in Kroatien (IFOR), Bosnien-Herzegowina (SFOR) und im Kosovo (KFOR) beruhte, in Afghanistan in absehbarer Zeit eine Demokratie westlicher Prägung zu schaffen, ist nicht erreicht worden. Die Bonner Petersberg-Konferenz führte im Dezember 2001 in ein erstes deutsches ISAF-Mandat, das auf den Raum Kabul und 1.200 Soldaten begrenzt, auf sechs Monate befristet und dessen Kosten auf 340 Mio. Euro limitiert war⁴.

Nach über 13 Jahren mündet dieser Einsatz mit zeitweise bis zu 4.500 deutschen Soldatinnen und Soldaten, einem schmerzlichen Blutzoll und schon 2010 mit deutlich über sechs Milliarden Euro Kosten und weiteren 1,7 Milliarden Euro für den Wiederaufbau⁵ in eine Folgemission, über deren Realisierung derzeit noch nicht abschließend entschieden ist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der Einsatz insgesamt ein Erfolg war. In dieser ersten vorläufigen Bilanz seien die folgenden wesentlichen Aspekte angemerkt und insbesondere Fragen an die politischen Entscheidungsträger gestellt, denn als Soldatinnen und Soldaten sind wir immer Ausführende politischer Handlungskonzepte, die gleichzeitig als Staatsbürger in Uniform und Christen ihrem Gewissen und der christlichen Friedensethik verpflichtet sind:

1. 2001 bestand tatsächlich eine berechtigte Aussicht, Afghanistan innerhalb von zwei Jahren den Aufbau einer selbsttragenden Sicherheitsstruktur zu ermöglichen und allein durch die Präsenz einer Sicherheitsunterstützungstruppe das Wiederaufflammen von Anarchie im öf-

¹ vgl. Der Friede ist möglich (2004), Verantwortung übernehmen – moralisch handeln (2008) und Übergabe in Verantwortung (2012), alle unter www.kath-soldaten.de/Publikationen

² vgl. Bundestagsdrucksache14/7930 vom 21.12.2001

³ Karl-Theodor zu Guttenberg am 04.04.2010, zitiert nach Spiegel-online vom 05.04.2010

⁴ siehe 2

⁵ vgl. Bundestagsdrucksache17/2026 vom 02.12.2010

fentlichen Leben verhindern zu können⁶. Damit stand ein solcher Einsatz im Einklang mit der gültigen katholischen Friedenslehre. Die ersten deutschen Einsatzkontingente in Kabul agierten unter dem Motto „wave and smile“⁷ erfolgreich. Als jedoch am 07. Juni 2003 ein Bundeswehr-Bus auf dem Weg zum Flughafen Kabul gezielt mit einer Autobombe angegriffen wurde und zahlreiche Tote, Verletzte und traumatisierte Soldaten zu beklagen waren, verschärfte sich die Sicherheitslage und veränderte sich der Charakter des Einsatzes. An diesem Wendepunkt ist die Frage zu stellen, ob dieser veränderte Charakter des Einsatzes politisch transparent nachvollzogen wurde. Wurden die ethischen Maßstäbe hier wirklich in ausreichendem Maße unter den veränderten Bedingungen als Prüfmaßstab angewandt? Wurden die Erfolgsaussichten ehrlich unter den neuen Bedingungen bewertet? Wie wurde nach dieser Situationsänderung ein möglicher Erfolg politisch neu definiert? Wurde die verschärfte Situation in ein neues oder fortgeschriebenes schlüssiges Gesamtkonzept, das den Einsatz vom Ende her dachte, eingebettet? Welche Ausstiegsszenarien wurden erarbeitet?

2. Die Aufbauleistung der afghanischen Sicherheitskräfte ist trotz verschiedener Rückschläge beachtlich. Die Nationale Afghanische Armee (ANA), die Polizei, die Grenzpolizei und weitere legale Sicherheitskräfte bauen eine selbsttragende afghanische Sicherheitsstruktur auf. Die Bundesrepublik muss ressortübergreifend weiter unterstützen und konsequent immer wieder anbieten, wichtige Ausbildungseinrichtungen, Kommandostäbe und Ministerien in Afghanistan zu beraten, so lange und so weit die Afghanen dies wünschen. Diese fortgesetzte Handlung ist die logische Konsequenz und moralische Verpflichtung aus unserem militärischen Eingreifen und von daher unabdingbar.
3. Das Analphabetentum wurde massiv verringert, insbesondere der Zugang der Mädchen und Frauen zu Bildung und die beruflich Qualifikation der jungen Erwachsenen deutlich verbessert. Der Wiederaufbau und Ausbau der Infrastruktur sind unübersehbar. Angesichts vieler Meldungen, die aus Afghanistan nach dem Abzug der internationalen Streitkräfte aus den verschiedenen Regionen eintreffen, muss allerdings die Frage gestellt werden, in wie weit diese Veränderungen nachhaltig sind. Dies wird weiter zu beobachten sein, es drängt sich aber schon jetzt die Erkenntnis auf, dass weiterhin massiv finanzielle, materielle und personelle zivile Aufbauhilfe zu leisten ist, um nicht die bisherigen Erfolge für die Lebensbedingungen des afghanischen Volkes zu gefährden.

In einer Demokratie tragen alle ihre Verantwortung, die Mitglieder der Regierung und des Bundestages, aber auch die Bürgerinnen und Bürger. Teil dieser Verantwortung der politischen Vertreter ist es, von Anfang an einen gesellschaftlichen Diskurs über militärische Einsätze zu führen. Dazu gehört dann auch Transparenz über die Entscheidungsgründe, aber auch bzgl. der Konsequenzen der verschiedenen Handlungsalternativen. Ein solcher Diskurs kann nicht erst im Krisenfall angestoßen werden, sondern die Herstellung des unverzichtbaren gesellschaftlichen Grundkonsenses als abgestimmte verlässliche Handlungsbasis in Krisenfällen ist eine ständige politische Aufgabe.

Das Parlament hat den Soldaten den größten und gefährlichsten Anteil des Gesamtauftrages zugewiesen. Angesichts der Toten, der an Leib und Seele Verwundeten und deren Familien ist es die moralische und daher auch politische Verpflichtung, die aufgeworfenen Fragen ehrlich zu beantworten und die Lehren aus diesem Einsatz zu ziehen, die Bundeswehr und die gesamte Bevölkerung in diesen

⁶ siehe 2

⁷ Winken und lächeln

Prozess mit einzubeziehen und für zukünftige Situationen klare Handlungskriterien zu erarbeiten und dann auch anzuwenden.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten fordert deshalb die Bundesregierung auf, über ihre jährlichen Fortschrittsberichte hinaus, eine umfassende öffentliche Diskussion über diesen Einsatz und die Kriterien und Voraussetzungen möglicher künftiger militärischer Einsätze zu führen.

Erarbeitet im Rahmen der Bundeskonferenz 2014

Cloppenburg-Stapelfeld, den 18.09.2014

Rüdiger Attermeyer

Oberst und Bundesvorsitzender